

Editorial: Vom manchmal schwierigen
Umgang mit der Presse

Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW
kurbelt die Wirtschaft an

Förderung des Ruhrgebiets?

Informationsveranstaltung des Initiativkreises
Ruhrgebiet zur RGS Econ

Neuerscheinungen: RWI : Materialien

Interna: Neu im Team – Auszeichnungen –
Neu auf der RWI-Homepage

Nr. 2/2005



Vom manchmal schwierigen Umgang mit der Presse

Das RWI Essen wird – wie die anderen Leibniz-Institute – zum ganz überwiegenden Teil aus Mitteln der öffentlichen Hand finanziert. Damit ist es selbstverständlich, dass wir die Ergebnisse unserer Forschungsarbeit im Normalfall der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Als ein Instrument dazu bietet sich der Weg über die Presse an. Umgekehrt kommen die Medien immer wieder mit ihren speziellen Fragen direkt auf uns zu.

Mit der inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung des RWI Essen wurden auch in der Pressearbeit seit Ende 2002 einige Veränderungen vorgenommen. Inhaltlich gilt, dass wir uns nur zu Themen äußern, zu denen wir eigene empirisch fundierte Untersuchungen durchgeführt haben oder – soweit dies nicht der Fall ist – zu denen es zumindest anerkannte und verlässliche Ergebnisse gibt. Auch bemühen wir uns verstärkt, auf die Bedingtheit und Unsicherheit von (quantitativen) Aussagen aufmerksam zu machen. Zwar ist es vielen Journalisten nur schwer zu vermitteln, dass z.B. bei einer Wachstumsprognose des BIP von 1 % dieser Wert durchaus auch 0,5 oder 1,5 % erreichen kann. Aber die Realität ist nun einmal so.

Organisatorisch ist die Pressearbeit nun streng in der Pressestelle konzentriert; den direkten Anruf eines Journalisten bei einem Mitarbeiter versuchen wir zu vermeiden. Nur so können wir gewährleisten, dass eine Anfrage kompetent und schnell beantwortet wird, und nur so ist für uns selbst eine Effizienzkontrolle möglich. Das



hat zwar bedeutende Mehrarbeit der Pressestelle zur Folge, aber diese wurde ja aus diesem Grund auch personell verstärkt.

Aus der Verbreitung unserer Forschungsergebnisse in den Medien ziehen wir den vorsichtigen Schluss, dass wir mit unserer Strategie richtig liegen. Trotzdem kommt es immer wieder auch zu Meldungen, über die wir uns ärgern. Wenn mit penetranter Regelmäßigkeit behauptet wird, das Institut habe sich etwa aus der Ruhrbebietsforschung verabschiedet, so kann man dahinter nur irgeleitete Interessen oder schlechte Recherche sehen. Vergleichbares gilt etwa für Meldungen über das Abschneiden bei der Evaluation. In diesen Fällen tröstet es auch nur wenig, dass andere Institute von derartigen Falschaussagen nicht minder betroffen sind als wir.

Gerade für solche Fälle fordern wir dazu auf, in Kontakt mit uns zu treten und Unklarheiten abzusichern – zum Wohl nicht nur des Instituts, sondern auch der Medien selbst (vgl. auch S. 11).

Christoph M. Schmidt

Aus der Forschung

Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW kurbelt die Wirtschaft an

Das RWI Essen hat im Auftrag der Landesinitiative Seniorenwirtschaft eine Studie zu

„Regionalwirtschaftlichen und fiskalischen Effekten einer Förderung der Seniorenwirt-

schaft in Nordrhein-Westfalen“ erarbeitet. Dabei zeigt sich, dass eine solche Förderung Land und Kommunen erhebliche steuerliche Mehreinnahmen bringen und das BIP von NRW steigern könnte. Untersucht wird die Wirksamkeit von sieben verschiedenen Szenarien. Die besten Ergebnisse bringt eine umfassende Strategie, die einzelne der zuvor untersuchten Maßnahmen bündelt.

Die gesellschaftliche Alterung wird in der öffentlichen Debatte häufig als Belastung für die Sozial- und Gesundheitssysteme betrachtet. Ansatzpunkt dieser Studie ist es jedoch, ältere Menschen – ihr Einkommen und Vermögen ebenso wie ihre Kenntnisse und Fertigkeiten – als ökonomische Ressource zu betrachten. Vor diesem Hintergrund werden die regionalwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte einer Förderung der Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen untersucht.

Hierbei werden die Auswirkungen möglicher seniorenwirtschaftlicher Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in NRW, die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen, den regionalen Arbeitsmarkt, die verfügbaren Einkommen und die Bevölkerung betrachtet. Als Senioren werden im Rahmen der Untersuchung alle über 55-Jährigen bezeichnet. Ausgangspunkt der Analyse ist die wirtschaftliche Integration eines repräsentativen Seniors, der betrachtete Zeitraum umfasst 2006 bis 2015. Auftraggeber der Studie war die unter Federführung des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW durchgeführte Landesinitiative Seniorenwirtschaft.

30 % der Bürger in NRW sind Senioren

Derzeit leben in NRW 5,3 Mill. Bürger im Alter über 55 Jahre, sie haben damit einen Anteil von 30 % an der Gesamtbevölkerung. Ihnen stehen etwa 12,7 Mill. „Junioren“ (unter 55 Jahre) gegenüber. Im Jahr 2004 verfügten die Seniorenhaushalte insgesamt über ein Bruttoeinkommen von schätzungsweise 125 Mrd. €, bestehend aus

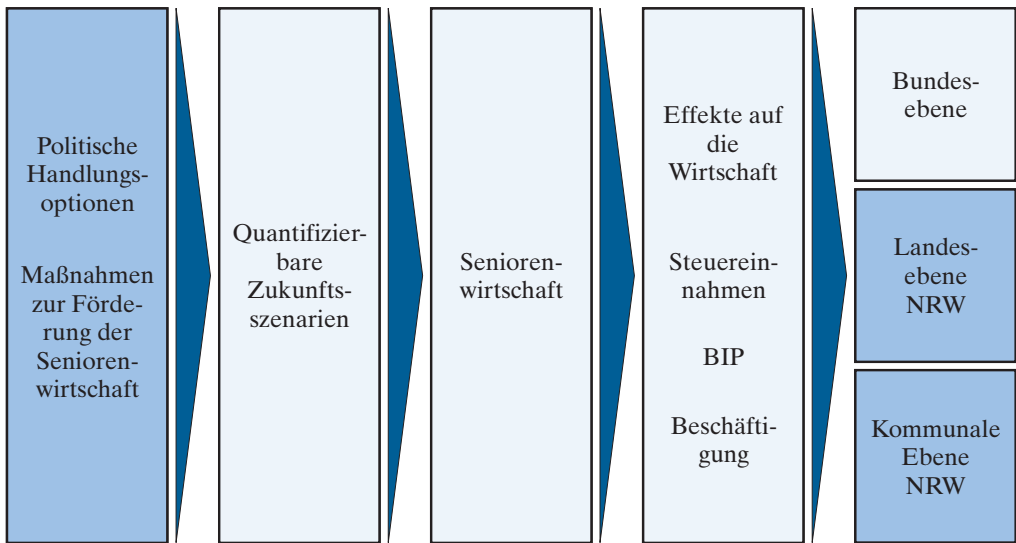
Renten und Pensionen (42 %), Erwerbseinkommen (32 %), Einnahmen aus Vermögen (17 %) und sonstigen Transferleistungen, wie Arbeitslosengeld und Sozialhilfe (9 %). Vom verfügbaren Einkommen von ca. 97 Mrd. € wurden 2004 etwa 9 % bzw. 9 Mrd. € gespart. Knapp 89 Mrd. € werden pro Jahr für den Konsum ausgegeben, davon entfallen 40 % auf die „Seniorenwirtschaft im engeren Sinne“ (Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Hotels, Restaurants, EDV-Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen). Die untersuchten Szenarien mit Bezug zum Konsumverhalten der Senioren beruhen auf der Annahme, dass diese Wirtschaftszweige neue seniorenpezifische Produkte entwickeln und so die Konsumausgaben in NRW durch Senioren in NRW steigern können.

NRW-Strukturmodell simuliert sieben Szenarien

Berechnet werden die Effekte der einzelnen Szenarien mit einem NRW-Strukturmodell, das Simulationen und Prognosen auf jährlicher Basis erzeugt und die Bestimmungsfaktoren der regionalen Wirtschaft ebenso wie ihre Verflechtungen berücksichtigt. Zunächst wird das Basisszenario berechnet, das die regionalwirtschaftliche und demographische Entwicklung in NRW ohne Einflussnahme auf die Seniorenwirtschaft abbildet. Hier ergibt sich bis 2010 ein Bevölkerungsrückgang um 119 000 Personen. Es folgen sieben Szenarien:

- (1) zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten für Rentner und Pensionäre durch Minijobs;
- (2) generelle Erhöhung der Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen;
- (3) Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW;
- (4) stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte;
- (5) Reduktion der Sparquote der Senioren ohne Auswirkung auf Junioren;

Abschätzung der Effekte von Maßnahmen zur Förderung der Seniorenwirtschaft



- (6) Reduktion der Sparquote der Senioren mit Auswirkung auf Junioren;
 (7) Reduktion der Abwanderung von Senioren.

Ein achttes Szenario ist die Verknüpfung der Handlungsoptionen außer (2) und (5) zu einer umfassenden Förderstrategie.

Kumulativszenario bringt die meisten zusätzlichen Steuereinnahmen

Bezüglich der zusätzlichen Steuereinnahmen des Landes NRW und der Kommunen hierzulande erweist sich Szenario (1) als das ergiebigste: es bringt im Verhältnis zum Basisszenario im Jahr 2010 Mehreinnahmen von 227 Mill. €. Angenommen wird hierbei, dass etwa 10 % der insgesamt rund 3 Mill. Einwohner in NRW im Alter von 60 bis 75 Jahren ihr Einkommen durch Minijobs aufbessern.

Betrachtet man BIP und Bevölkerung des Landes, schneidet Szenario (7) mit einer Zunahme des BIP um 1,9 Mrd. € und der Bevölkerung um 71 000 Personen 2010 am besten ab. Inhalt dieses Szenarios ist es unter anderem, die Attraktivität von NRW als

Wohnort für Senioren zu steigern. Nur in diesem Szenario ergibt sich eine gleichmäßig positive Wirkung auf alle beobachteten Größen. Zu den besten Gesamtergebnissen in Bezug auf Steuern führt jedoch das Kumulativszenario: Es hätte 2010 zusätzliche Steuereinnahmen von Land und Kommunen in Höhe von 563 Mill. € zur Folge.

Im Vergleich zeigt sich, dass aus Sicht der öffentlichen Haushalte vor allem durch solche Handlungsoptionen zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden können, die zur Steigerung der Erwerbseinkommen der Senioren führen (Szenarien (1) und (2)). Zudem sollte es zu den Zielen der Standortpolitik gehören, der Abwanderung entgegenzuwirken. Besser als mit Einzelmaßnahmen sollte die Seniorenwirtschaft durch eine umfassende Strategie gefördert werden, wie sie beispielsweise das Kumulativszenario beinhaltet.

*Boris Augurzky, Uwe Neumann, Ökonomische Ressourcen älterer Menschen. Hrsg. von der Geschäftsstelle Seniorenwirtschaft am Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen; erscheint demnächst in den RWI : Materialien
 Informationen: neumann@rwi-essen.de*

Förderung des Ruhrgebiets?

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hatte das RWI Essen gebeten, eine Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zu erstellen, die sich mit dem Antrag der FDP-Fraktion „Sonderwirtschaftsgebiet Ruhr schaffen“ und dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Industrielle Basis im Ruhrgebiet stärken – Dienstleistungssektor ausbauen – Forschung und Entwicklung fördern“ befasst. Das Institut hat diesem Wunsch gern entsprochen, konnte es so doch seine Kompetenz in Fragen der regionalen Wirtschaftsforschung und -politik einer breiteren Öffentlichkeit nachweisen. Innerhalb kürzester Zeit hat ein Kernteam von sieben Wissenschaftlern eine umfassende Stellungnahme vorgelegt. In der Anhörung am 25. April 2005 wurden die Ergebnisse ausführlich im Landtag vorgestellt. Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen.

1. Das Ruhrgebiet hat in den vergangenen Jahrzehnten einen bemerkenswerten Strukturwandel durchlaufen. Stellenweise sind durchaus beachtliche Ansätze zu seiner wirtschaftlichen Revitalisierung erkennbar, es präsentiert sich heute wirtschaftlich vielfältiger als je zuvor. Nichtsdestoweniger sind auch weiterhin massive ungelöste Probleme nicht zu übersehen. Der unterdurchschnittliche Wachstumsbeitrag des Ruhrgebiets wirkt sich negativ auf die Leistung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft insgesamt aus.
2. Der Schlüssel für das Verständnis der gegenwärtigen Strukturprobleme des Ruhrgebiets liegt letztlich im Jahrzehnte langen und immer noch andauernden Schrumpfen der Montanindustrie und den mit ihm verbundenen vielfältigen Prägungen der Ruhrwirtschaft. Die Steuerungsmöglichkeiten solcher Wandlungen durch die Politik sind objektiv zwar begrenzt. Das heißt aber nicht, dass sie nicht fördernd oder hemmend auf den Strukturwandel Einfluss nehmen könnten und – ob sie dies will oder nicht – faktisch stets auch nimmt.
3. Die Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten auf vielfältige Weise versucht, den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu unterstützen. Sie hat dabei selbst einen schwierigen und widerspruchsvollen Lernprozess durchlaufen, der noch andauert. Unbestreitbaren Erfolgen auf einigen Gebieten stehen Versäumnisse und Defizite auf anderen gegenüber. Zu lange wurden (und werden weiterhin) z.B. Illusionen bezüglich der Unentbehrlichkeit einer im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähigen Kohleförderung genährt. Die starke Konsensorientierung der Strukturpolitik trug zwar vermutlich zur Stärkung des „Wir-Gefühls“ in der Bevölkerung bei, hat aber den Strukturwandel letztlich wohl abgebremst.
4. Die Effizienz der Förderpolitiken von EU, Bund, Land und Kommunen ist umstritten. Da die meisten Maßnahmen nicht mittels anspruchsvollerer wissenschaftlicher Methoden evaluiert wurden, sind vergleichende Urteile über ihre Wirkungen nur sehr bedingt möglich. Bleibende positive Effekte sind aber z.B. mit hoher Wahrscheinlichkeit der (noch andauernden) ökologischen Sanierung des Ruhrgebiets, dem Ausbau der Bildungsinfrastruktur (insbesondere Hochschulen) und den mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) verbundenen raumplanerischen und kulturellen Akzentsetzungen beizumessen.
5. Der Vorschlag, eine „Sonderwirtschaftszone Ruhr“ einzurichten, in der Deregulierungen auf einem abgegrenzten räumlichen Terrain zeitlich befristet zu erproben wären, macht zu Recht auf die große Bedeutung marktwirtschaftlicher Reformen aufmerksam, trägt ein innovatives Element in die wirtschaftspolitische Diskussion und ist daher zu begrüßen. Unabhängig davon, ob der konkrete Vorschlag umgesetzt wird, befruchtet er insbesondere die Diskussion

um neue Ansätze bei der weiteren Revitalisierung des Ruhrgebiets.

6. Internationale Erfahrungen entwickelter Marktwirtschaften mit Sonderwirtschaftszonen (SWZ) unterschiedlichsten Zuschnitts fallen sehr gemischt aus. So gibt es keine Beispiele erfolgreicher rahmenorientierter SWZ – d.h. von SWZ, die überwiegend auf eine Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen abstellen –, die sich ohne Weiteres auf das Ruhrgebiet übertragen ließen. Auch rahmenorientierte SWZ verzichten in der Regel nicht auf fühlbare finanzielle Anreizmechanismen. SWZ werden für Investoren umso attraktiver, je höher die damit verbundenen offenen oder versteckten Subventionen sind. Steuerlichen Anreizen und anderen finanziellen Hilfen sind indessen im vorliegenden Fall durch das EU-Beihilferecht enge Grenzen gesetzt. Nicht zu vernachlässigen sind zudem mögliche Effekte auf die den SWZ angrenzenden Regionen, die trotz ihrer potenziell hohen Bedeutung noch nicht hinreichend analysiert worden sind.

7. Voraussetzung für die Realisierung der vorgeschlagenen „SWZ Ruhr“ wäre, dass die Kommunen des RVR das Projekt geschlossen – unter Verzicht auf eigene Projekte wie „Newpark“ – mit tragen und auch die Bundesregierung mitwirkt, die bei vielen der Maßnahmen angesichts der Kompetenzverteilung von Bund und Ländern der eigentliche Adressat wäre. Die Tatsache, dass die Idee der Einführung rahmenorientierter SWZ erst unlängst für die neuen Bundesländer im expertengestützten und parteienübergreifenden Konsens ad acta gelegt worden ist, weist auf ihre grundsätzlichen Konstruktions- und Realisierungsprobleme hin.

8. Das vorgeschlagene Maßnahmenpaket enthält viele Ansätze, die im Zuge einer Vertiefung der Reformpolitik über das Ruhrgebiet und NRW hinaus von Interesse sind. Zu bezweifeln ist jedoch, dass das Pa-

ket in der vorliegenden Form genug „kritische Masse“ einbringt, um den Aufwand des Versuchs einer „SWZ Ruhr“ zu rechtfertigen. Zwar lassen sich Wachstums- und Beschäftigungseffekte eines solchen Experiments

nicht ex ante wissenschaftlich quantifizieren. Insgesamt scheint allerdings eine gewisse Skepsis bezüglich zu hoher Erwartungen angebracht.

9. Die Einrichtung einer größeren SWZ im Ruhrgebiet wäre eher diskutabel, wenn das Konzept auf ordnungspolitischem Gebiet (insbesondere Arbeitsmarktderegulierung) mutiger ausfiel, handfeste finanzielle Anreize für Investoren (Subventionsproblematik!) damit verbunden wären und gleichzeitige mehrere SWZ in West- und Ostdeutschland eingerichtet würden. Dies setzte aber eine entsprechende Initiative der Bundesregierung voraus, müsste sich harmonisch in die marktwirtschaftliche Reformpolitik einordnen und bedürfte der – nur schwer vorstellbaren – Zustimmung der Europäischen Union. Solchen SWZ-Projekten weit vorzuziehen wäre allerdings eine an die Agenda 2010 anknüpfende, rasche und weit über diese hinausreichende Vertiefung der Reformpolitik im Bund.

Die gesamte Stellungnahme findet sich auf der Homepage des RWI Essen, wo zugleich eine eigene Seite zum „Querschnittsthema Ruhrgebiet“ eingerichtet wurde. Eine redaktionell e Überarbeitung für die RWI : Materialien ist in Vorbereitung.



Eingeworbene Forschungsaufträge

Alternative Options for the Promotion of Renewable Energies in Europe. Projekt für IMACE. Ansprechpartner: Dr. Manuel Frondel. Laufzeit: 6 Monate.

Unternehmensdynamik und alternde Bevölkerung. Projekt für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. In Koopera-

tion mit Bernhard von Rosenblatt (TNS Sozialforschung GmbH), Prof. Johan Wiklund (Jönköping International Business School), Dr. Teemu Kautonen und Dr. Simon Down (University of Newcastle upon Tyne Business School). Ansprechpartner: Dr. Dirk Engel. Laufzeit: 15 Monate.

Termine und Konferenzen

Informationsveranstaltung des Initiativkreises Ruhrgebiet zur RGS Econ

„Die Ruhr Graduate School in Economics: Wirtschaftswissenschaftliche Exzellenz findet eine neue Heimat im Ruhrgebiet“ war der Titel einer Informationsveranstaltung, in dessen Rahmen sich die im Oktober 2004 eröffnete RGS Econ den Mitgliedern des „Initiativkreises Ruhrgebiet“ vorstellte. In diesem Initiativkreis arbeiten Repräsentanten der führenden Wirtschaftsunternehmen sowie des öffentlichen Lebens zwischen Rhein und Ruhr zusammen, um das Ruhrgebiet aktiv zu fördern.

Zunächst begrüßte Dr. Dietmar Kuhnt, ehemaliger Vorsitzender des Initiativkreises Ruhrgebiet und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der RWE AG, als Schirmherr der Veranstaltung die Gäste in den Räumlichkeiten der RWE AG. Es folgte ein kurzer Vortrag von RWI-Präsident und RGS-Sprecher Prof. Dr. Christoph M. Schmidt über „Die RGS Econ als Kaderschmiede für den wissenschaftlichen Nachwuchs“. Er betonte, gerade im Bereich Forschung sei die Verfügbarkeit exzellenter Einrichtungen der Nach-

wuchsförderung eine wichtige Voraussetzung für die Bildung von Innovationsclustern. Die RGS Econ als Gemeinschaftsinitiative der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie des RWI Essen sei daher für die Region ein großer Gewinn. Ihre Anerkennung durch das Land als eine von sieben NRW Graduate Schools unterstreiche diese Bedeutung.

Im Anschluss erläuterte Prof. Dr. Wolfgang Leininger, stellvertretender Sprecher der



Krupp-Stipendiatin Stefanie Schurer gewährte Einblicke in den Alltag an der RGS Econ, das Podium lauschte interessiert (v.l.n.r. Prof. Dr. Wolfgang Leininger, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Dr. Dietmar Kuhnt und Dr. Eckhard Albrecht

RGS Econ, detailliert deren Struktur, Ansatz und Ziele. Seinen Ausführungen folgte ein anschaulicher Kurzvortrag von Krupp-Stipendiatin Stefanie Schurer, die vom Lernalltag an der RGS Econ berichtete. Sie bewertete das Lernen in der Kleingruppe, den engen Kontakt zu den Dozenten und die Einbindung in ein außeruniversitäres Forschungsinstitut als große Vorteile der RGS Econ. Diese sei „international, innovativ, wettbewerbsfähig“, so ihr Fazit.

RWGV finanziert RGS-Stipendium mit 50 000 €

Wie die Sprecher der RGS Econ zuvor betont hatten, beruht deren Konzept wesentlich auf einer Finanzierung durch öffentliche und private Geldgeber. Das Land Nordrhein-Westfalen und die beteiligten

Institutionen haben zwar ihr weiteres finanzielles Engagement bereits zugesichert. Längerfristig ist jedoch eine größere Beteiligung der Privatwirtschaft nötig. Dr. Eberhard Heinke, Vorstandsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbands (RWGV), ging an diesem Abend mit gutem Beispiel voran: Der RWGV wird im nächsten Jahrgang der RGS Econ ein dreijähriges Stipendium in Höhe von 50 000 € finanzieren.

Dr. Eckhard Albrecht, Geschäftsführer des Initiativkreises Ruhrgebiet, sagte zudem zu, die RGS Econ bei der Einwerbung von privaten Fördermitteln zu unterstützen. Die Initiatoren der RGS Econ sind zuversichtlich, dass weitere Unternehmen dem Beispiel des RWGV folgen werden.

Publikationen

RWI : Materialien

(18) Uwe Neumann, Ökonomisch-demographische Segregationsmechanismen – aktuelle Befunde aus der Rhein-Ruhr-Region

In Agglomerationsräumen ist typischerweise eine ökonomisch-demographische Differenzierung in relativ homogene, voneinander sehr verschiedene Teilgebiete zu beobachten. Die in der Raumforschung als „Segregation“ bezeichnete „Entmischung“, z.B. die Ballung von Dienstleistungsfunktionen in den Zentren der Städte, ist offenbar charakteristisch für Agglomerationsprozesse. Ungeklärt ist, inwieweit sich regionale Agglomeration und Segregation wechselseitig bedingen. Dabei ist die Frage, ob regionale Agglomeration erst durch eine interne Segmentierung vorteilhaft ist, keineswegs nur von theoretischer Bedeutung. In der Regionalpolitik werden viele Maßnahmen durchgeführt, die auf Vermutungen hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen Agglomeration und Segre-

gation beruhen. In der vorliegenden Arbeit wird am Beispiel der Rhein-Ruhr-Region untersucht, ob hier für kleinräumige Gebietseinheiten ein Segregationsmechanismus zu identifizieren ist, der Rückschlüsse auf mögliche Polarisierungen am Arbeitsmarkt und bei der Bevölkerung zulässt.

(19) Bernhard Lageman, Thomas K. Bauer, Wolfgang Dürig, Rainer Kambeck, Jochen Kluge, Uwe Neumann und Christoph M. Schmidt, Strukturwandel ohne Ende? – Aktuelle Vorschläge zur Revitalisierung des Ruhrgebiets und ihre Bewertung

Die Publikation enthält eine Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landtags Nordrhein-Westfalen und befasst sich unter anderem mit den Möglichkeiten, im Ruhrgebiet eine „Sonderwirtschaftszone Ruhr“ einzurichten. Die Autoren untersuchen, ob die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone im Ruhrgebiet die

erwarteten Effekte hätte. Hierzu analysieren sie zunächst ausführlich die aktuelle wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet sowie voraussehbare Entwicklungen. Es folgt ein Überblick über bisherige Erfahrungen mit Sonderwirtschaftszonen. Schließlich werden die Möglichkeiten und Effekte

einer „Sonderwirtschaftszone Ruhr“ abgeschätzt, die mit gewisser Skepsis gesehen werden. Im letzten Abschnitt werden schließlich Maßnahmen genannt, die für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Ruhrgebiets aufgegriffen werden sollten (vgl. S. 5–6).

Intern

Neue Mitarbeiter im RWI Essen

Bereits seit 1. Januar 2005 arbeitet Dr. *Stefan Rumpf* als Koordinator für die *Ruhr Graduate School in Economics* (RGS Econ) im RWI Essen. Er trat damit die Nachfolge von Dr. Raimund Hasse an, der einem Ruf an die Universität Luzern als Assistenzprofessor folgte. Die 2004 gegründete Graduate School ist eine Gemeinschaftsinitiative der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen mit dem RWI Essen. Wesentliche Aufgabe ist die international ausgerichtete Doktorandenausbildung im Bereich der Volkswirtschaftslehre. Als Koordinator ist Stefan Rumpf für die Abstimmung mit den beteiligten Ein-



richtungen sowie die organisatorische Gestaltung und Weiterentwicklung der RGS Econ zuständig.

Stefan Rumpf studierte Betriebswirtschaft an der Universität Trier und promovierte dort Ende 2003 zum Thema „Zukunftsfähigkeit durch Handwerk? – Strukturelle Voraussetzungen, Akzeptanz und Umsetzungsmöglichkeiten des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung im Handwerk“.

Von 1998 bis 2002 war er als Doktorand und Geschäftsführer des DFG-Sonderforschungsbereichs 522 „Umwelt & Region“ der Universität Trier tätig. Im Anschluss daran leitete er ein ESF-Projekt zur Unternehmensnachfolge im Handwerk an der Handwerkskammer Trier. Seine Interessens- und Fachgebiete umfassen Wissenschafts- und Projektmanagement, Betriebliches Umweltmanagement, Mittelstandsökonomie, Handwerkswirtschaft sowie Sustainable Development.

Lena Jacobi ist seit 1. April 2005 Mitarbeiterin im Kompetenzbereich Arbeitsmärkte, Bevölkerung und Soziale Sicherung des RWI Essen. Sie studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Freiburg, Barcelona und Potsdam. Ihre Master-Arbeit trug den Titel „Die Dunkelziffer der Armut – Eine Analyse der Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe in Deutschland auf Basis des SOEP“. Neben ihrem Master erwarb sie einen Master in „Economic and Social Policy Analysis“ der University of York. Lena Jacobi war Jahresstipendiatin und Postgraduiertenstipendiatin des Deut-



schen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Im Rahmen ihrer Arbeit am RWI Essen arbeitet sie auch an ihrer Promotion im Bereich Arbeitsmarktökonomik.



Sandra Schaffner ergänzt ebenfalls seit 1. April 2005 das Team des Kompetenzbereichs Arbeitsmärkte, Bevölkerung und Soziale Sicherung. Zuvor studierte sie Wirtschaftsingenieurwesen mit den Vertiefungen Volkswirtschaftslehre und Kommunikations-/Nachrichten-

technik an der TU Darmstadt. Ihre Diplomarbeit befasste sich mit „Geschlechterspezifischer Lohndifferenzierung im internationalen Vergleich“. Zur Zeit arbeitet sie auch an ihrer Promotion im Bereich Arbeitsmarkt.



Auch *Jörg Peters* ist seit 1. April 2005 neu im Team des RWI Essen und verstärkt den Kompetenzbereich Umwelt und Ressourcen. Sein Studium der Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Statistik, Umweltökonomie und Finanzwissenschaft absolvierte er an der Universität

zu Köln und der Ecole Normale Supérieure de Cachan in Paris. Seine Diplomarbeit trug den Titel „Steuerwettbewerb und ausländische Direktinvestitionen“. Teil seiner Arbeit am Institut ist seine Promotion, zur

Zeit befasst er sich mit erneuerbaren Energien.

Ulrike Suchanek arbeitet seit 1. April 2005 in der Bibliothek des RWI Essen als Bibliotheksassistentin. Sie absolvierte ihre Ausbildung zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste mit der Fachrichtung Information und Dokumentation in der Bibliothek des Fraunhofer-Instituts IPSI in Darmstadt. Dort arbeitete sie nach Ende ihrer Ausbildung weiter, bevor sie zum RWI Essen kam.



Peter Grösche ist seit 15. April 2005 neuer Mitarbeiter des Kompetenzbereichs Umwelt und Ressourcen. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Zudem hat Peter Grösche einen Master of Sciences in Economics and Management der Universität Pompeu Fabra, Barcelona. Nach seinem Diplom arbeitete er am Institut für Ökonomie der Ernährungswirtschaft an der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel am Standort Kiel. Zur Zeit befasst er sich zudem mit seiner Promotion im Bereich parametrischer und nichtparametrischer Effizienzanalyse.



John Haisken-DeNew erhält einen SOEP-Prize 2005

RWI-Wissenschaftler *John Haisken-DeNew* erhält gemeinsam mit *Paul Frijters* (Australian National University) und *Michael Shields* (University of Melbourne) den Nachwuchspreis des SOEP-Prize 2005.

Ausgezeichnet wird die im „Journal of Human Resources“ erschienene Arbeit „Investigating the Patterns and Determinants of Life Satisfaction in Germany Following Reunification“. In ihr wird gezeigt, dass nur

etwas mehr als 10 % des Anstiegs der Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland auf das gestiegene Einkommen zurückzuführen sind, 90 % hingegen auf die mit der Wiedervereinigung verbundene größere Freiheit des Lebens.

Der Preis wird von der Vereinigung der Freunde des DIW Berlin vergeben und ist mit 1 000 € dotiert. Er würdigt die besten Publikationen, die außerhalb des DIW Berlin auf Basis der vom DIW erhobenen Längsschnittdaten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) erarbeitet worden sind.

Preis für RWI/Admed-Studie

Die gemeinsam von RWI Essen und der Healthcare-Unternehmensberatung Admed verfasste Studie zu „Strukturreformen im deutschen Gesundheitswesen“ (erschienen als RWI : Materialien, Heft 8) hat beim Johann Joachim Becher-Preis 2004 der Johann Joachim Becher-Stiftung zu Speyer einen zweiten Platz belegt. Die Stiftung hat sich die Förderung des Austauschs von Wissen und Rat zwischen Wirtschaft, Politik, Technik und Wissenschaft zur Aufgabe gemacht.

Rahmenthema des Johann Joachim Becher-Preises 2004 war „Das Dilemma der modernen Medizin: Gratwanderung zwischen Machbarkeit, Sinnhaftigkeit und Bezahlbarkeit“. Der Preis wurde im April im Rahmen einer Feierstunde überreicht. Darüber hinaus werden die vier ausgezeichneten Studien (ein erster, drei zweite Plätze) im Laufe dieses Jahres in einem Sammelband veröffentlicht. Insgesamt hatten sich 53 Beiträge um den Preis beworben.

Neue Seiten auf der RWI-Homepage

Um die Forschungsarbeiten des Instituts zu immer wieder nachgefragten Themen deutlicher sichtbar zu machen, werden auf der RWI-Homepage zu wesentlichen Querschnittsthemen und aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen eigene Seiten eingerichtet.

Unter „Forschung“ findet sich nun ein Ordner „Querschnittsthema Ruhrgebiet“, der umfassend die derzeit laufenden Projekte, Veröffentlichungen der letzten Jahre und Vorträge darstellt. Hier findet sich z.B. auch die auf S. 5–6 vorgestellte Stellungnahme für den Landtag NRW. In Vorbereitung sind die Querschnittsthemen „Demographischer Wandel“ und „Evidenzbasierter Politikberatung“.

Insbesondere um der Presse und der interessierten Öffentlichkeit die Meinung des RWI Essen zu aktuellen wirtschaftspoliti-

schen Themen näher zu bringen, findet sich unter „News“ nun die Seite „RWI : Positionen“.

Das erste dort knapp behandelte Thema ist „Das RWI Essen als Hort unabhängiger Wissenschaft“. Anlass für dieses Thema waren insbesondere Presseberichte, die über die Folgen der Neuorganisation des Instituts spekulierten. Hier galt es klarzustellen, in welchem Spannungsfeld sich das Institut zwischen den bekundeten, kurzfristigen Interessen einzelner seiner Mitglieder und den langfristigen Erfordernissen bewegt, die durch die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Unabhängigkeit begründet sind. Nur wenn diese gewährleistet ist, kann die Existenz des RWI Essen gesichert werden – auch zum Wohl seiner Mitglieder und der Region.

(www.rwi-essen.de/positionen)

Joachim Schmidt lief Inline Marathon für einen guten Zweck

Am 17. April 2005 stand das Ruhrgebiet ganz im Zeichen des diesjährigen Karstadt-Ruhrmarathons. Mehr als 30 000 Läufer und unter anderem knapp 1 500 Inline-Skater machten sich auf die anspruchsvolle Strecke. Unter den Inlinern: RWI-Pressesprecher Joachim Schmidt. Er nahm am Sponsorenlauf „miles for more“ teil, zu Gunsten von St. Altfrid, einem Treffpunkt und Zentrum für kirchliche Jugendarbeit im Bistum Essen.

Finanzielle Unterstützung erhielt er von den RWI-Kollegen: bei der letztjährigen



Weihnachtsfeier waren im Rahmen einer Versteigerung von diversen auch für die Arbeit nützlichen Gegenständen und Dienstleistungen (Kurs in Büroorganisation oder Bauchtanz ...) mehr als 530 € zusammengekommen. Das Geld wird dazu beitragen, dass das umfangreiche Freizeit- und Bildungsangebot von St. Altfrid auch weiterhin am Laufen gehalten werden kann. Joachim Schmidt erreichte das Ziel übrigens nach 2:16 Stunden.

RWI : News Nr. 2/2005 (Mai 2005)

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen,
Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de
Alle Rechte vorbehalten
Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.
Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt
ISSN 1612-3581